

Schwerpunkte der NPD Anträge für ihren Landesparteitag am 12.05.2012

Auf dem bevorstehenden Landesparteitag der NPD Thüringen sollen die politischen Weichenstellungen und Profilierungen für die kommenden Jahre durch Anträge des Landesvorstandes verabschiedet und sichergestellt werden. Unverhohlen bringt die extrem rechte Partei in diesen Papieren ihre rassistische Ideologie zum Ausdruck.

Zunächst heißt es, die NPD stünde „im Hinblick auf 2014 nicht nur vor einer historischen Chance“¹, sondern die Existenz des deutschen Volkes hänge von der Integrationsfähigkeit der Partei ab. Dem vermeintlich drohenden demographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Niedergang sei nur durch die Umsetzung der in den Anträgen des NPD Landesvorstandes formulierten politischen Forderungen abzuwenden. Im selben Leitantrag des Landesvorstandes ist weiter von der Sicherung der „biologische(n), kulturelle(n) und geistige(n) Identität“¹ des „deutschen Volkes“ die Rede. Es könne die Herausforderungen nur bestehen, wenn es von seiner Zusammensetzung „von der Art her zusammengehört“¹. Zum Glück – so die NPD – besäßen die Deutschen in den neuen Bundesländern noch diesen „Selbstschutz vor zu viel Fremdem, die natürlichen Abwehrinstinkte eines Volkes“². Diesen „gesunden Menschenverstand“² gälte es zu stärken.

Der Zielsetzung einer exklusiven Volksgemeinschaft folgend, betont die NPD in einem weiteren Antrag² die Forderung nach der Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl und stellt heraus, dass die Hälfte derjenigen Personen, die 2011 einen deutschen Pass erhalten hätten, „vollkommen raum- und kulturfremd“ seien.² `Ausländer` werden von der NPD nur dann mit Gastfreundlichkeit bedacht, wenn sie „die höfliche Angewohnheit besitzen, (...) auch wieder zu gehen“^{2a}. Nach NPD Angaben leben hier in Thüringen über 100 Islamisten. Diese werden im selben Antrag kriminalisiert und es wird „die präventive Abschiebung dieser personifizierten Gefahrenquelle!“² gefordert.

Darüber hinaus gehe von einer weiteren Personengruppe Gefahr aus: Straftäter. Gemäß dem Antrag³ *Sicherheit durch Recht und Ordnung* verlangt die NPD die „Einführung der Todesstrafe in besonders schweren Fällen bei Sexual-, Kindes-, Raub- und Massenmord und bei schwersten Fällen des Rauschgifthandels“³.

Der nächste Absatz vermittelt sogleich die Begründung für diese Notwendigkeit einer Verschärfung der Gesetze: Schwerverbrecher und Kriminelle sind nicht resozialisierbar. Folgt man den politischen Forderungen der NPD die „das lebensrichtige Menschenbild als ein Grundpfeiler unserer Weltanschauung“³ zur Grundlage von Politik macht, so ist die Einführung der Todesstrafe angebracht, da die Politik „die Menschen danach bemißt, wie sie sind und nicht, was sie sein sollen“³. Es drängt sich der Eindruck auf, als kämen Menschen nach Auffassung der NPD als Schwerverbrecher auf die Welt und seien somit genetisch konstituiert bzw. programmiert. Somit auch nicht lernfähig oder resozialisierbar. Die Einführung der Todesstrafe erscheint der NPD dementsprechend als adäquates Mittel, um ihre anvisierte Volksgemeinschaft zu erschaffen.

Die Kritik an dem hohen Aufkommen an Beschäftigungsverhältnisse in der Leiharbeitsbranche in Thüringen und den vielfach nicht ausreichenden Löhnen verbindet die NPD mit einer Forderung an ihre Delegierten, „den Opfern der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik die Augen zu öffnen und sie als neue Wähler zu gewinnen“⁴. Gemäß dieser anvisierten Zielgruppe kann festgehalten werden, dass die NPD ihre Strategie beibehalten wird, sich als Sprachrohr des `Kleinen Mannes` zu etablieren. Nach wie vor instrumentalisiert sie individuelle Notlagen von Menschen, um als soziale Kümmererpartei wahrgenommen zu werden.

Ob der Antrag⁵ des ehemaligen Bürgermeisterkandidaten Friedhard Beck in Rudolstadt - öffentliche Medien auf dem Landesparteitag nicht zu zulassen - Zustimmung findet, ist zu diesem Zeitpunkt zumindest zweifelhaft. Denn MedienvertreterInnen sind von dem derzeitigen Landesgeschäftsführer Wieschke ausdrücklich eingeladen und werden willkommen geheißen. Begründet wird der Antrag u.a. mit „einer ungeheuerlichen Lügenpropaganda (Stichwort: „Terrortrio“). Dass die NPD bemüht ist, sich inhaltlich von der rechtsterroristischen NSU zu distanzieren ist nicht neu, aber immer wieder unglaubwürdig. Der NSU pflegte offensichtlich rassistische Leitmotive, die zu der skrupellosen Mordserie führten. Jene und andere menschenverachtende Überzeugungen finden sich auch in den hier analysierten Dokumenten wieder. Auch personell lässt sich keine Abgrenzung der NPD Funktionäre zu dem Umfeld bzw. zu dem Entstehungszusammenhang des NSU vollziehen. So kandidiert Wieschke, NPD Stadtratsmitglied in Eisenach, NPD Landesgeschäftsführer und Mitglied im Landes- und Bundesvorstand bei dem anstehenden Landesparteitag für den Landesvorsitz der extrem rechten Partei. Die Partei schreckt offenbar nicht davor zurück, jemanden an ihre Spitze zu stellen, der in den 90er Jahren ein bedeutender Aktivist im THS (Thüringer Heimatschutz) war. Jener Organisation, in der auch die drei späteren Rechtsterroristen des NSU Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt sozialisiert wurden. Dass der Multifunktionär Wieschke wegen eines Sprengstoffanschlages vorbestraft ist, dürfte indes niemanden mehr stören oder wundern. Sind doch 10 der 23 Mandatsträger rechtsextremer Parteien in Thüringen in 29 Fällen rechtskräftig verurteilt (Drucksache 5/3602 vom 24.11.2011: Rechtskräftige Verurteilungen von kommunalen Mandatsträgern der extremen Rechten in Thüringen). Hierunter fallen u.a. vorsätzliche wie gefährliche Körperverletzung, räuberische Erpressung oder das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Wieschke ist im Übrigen nur einer von vielen NPD`lern, die mit dem NSU in Verbindung gebracht wurden bzw. werden.

Die NPD ist mit ihrer kommunalpolitischen Arbeit in den Kreistagen und Stadträten um ein biederes bürgerliches Image bemüht. Anhand von Normalisierungsstrategien und Gewöhnungstendenzen will sie vor allem für die Landtagswahl in Thüringen 2014, als eine normale Partei wie jede andere wahrgenommen werden. Die Inhalte und Botschaften verschiedenster NPD Dokumente, Redebeiträgen und sonstigem Wirken machen allerdings deutlich, was die NPD in der Vergangenheit war und ist: eine rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche Partei.

¹ Leitantrag des Landesvorstandes : „Gemeinsam.Entschlossen.Erfolgreich.“

² Antrag des Landesvorstandes: „Der Überfremdungslobby den Kampf ansagen. Geschönte Zahlen enttarnen und weiter den Anfängen wehren“

^{2a} Im Nebensatz heißt es, dass sie „jedem tatsächlich von Krieg Bedrohtem für die Dauer dieser Situation Asyl gewähren“ würden. Dass eine solche Gewähr abhängig von der Definition bzw. Zustandsbeschreibung der verwendeten Begriffe: (*wann* liegt eine *tatsächliche Bedrohung* vor, wo fängt Bedrohlichkeit an und meint Krieg bei der NPD vornehmlich die Existenz von bewaffneten Konflikten oder geht er begrifflich weiter und meint die Abwesenheit von Frieden? Was ist Krieg?) Da die NPD Ausländer ausschließlich unter einem Kosten-Nutzen-Kalkül betrachtet, dürfte die Gewährung von Asyl sehr unwahrscheinlich sein. Und wenn das Grundrecht auf Asyl erst einmal abgeschafft ist, so eröffnet die erwähnte Einschränkung Möglichkeiten für eine willkürliche Praxis.

³ Antrag des Landesvorstandes : „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ Schluß mit der Liberalisierung von Justiz und Strafvollzug

⁴Antrag des Landesvorstandes : „Unser Zukunftsmodell: Thüringen – Land der Arbeit und sozialen Gerechtigkeit. NPD als Partei der von Lohndrückerei und Leiharbeit Betroffenen etablieren“

⁵ Antrag des Kreisverbandes Saalfeld Rudolstadt: „Nichtzulassung öffentlicher Medien zum Landesparteitag 2012“